

## Prozessauftritt mit Morddrohungen

**Bremen (mic).** Unter großen Sicherheitsvorkehrungen hat gestern vor dem Landgericht der Prozess wegen Totschlags gegen einen 22-Jährigen begonnen. Er soll im Juli 2014 beim Public Viewing zum WM-Finale im Cinemaxx-Kino einen 19-Jährigen tödlich mit einem Messer verletzt haben. Da der Angeklagte zu den Vorwürfen nicht aussagen wollte, wurde der Prozess bereits nach einer knappen Viertelstunde unterbrochen. Er wird am 30. Januar fortgesetzt. Für Aufsehen sorgten gestern das große Polizeiaufgebot sowie die Äußerung der Vorsitzenden Richterin, dass es im Vorfeld Morddrohungen gegen Angeklagten, Verteidiger und Richter gegeben habe. Unbekannte hätten mit einem Massaker im Gerichtssaal gedroht. **Bericht Seite 7**

## Airbus liegt vor Boeing

**Toulouse-Bremen (pha).** Das Wettrennen um die meisten Aufträge hat der europäische Flugzeugbauer Airbus im vergangenen Jahr knapp für sich entschieden. Airbus verzeichnete 2014 unterm Strich 1456 Bestellungen, wie das Unternehmen gestern im südfranzösischen Toulouse mitteilte. Der US-Konkurrent Boeing war nach Angaben aus der vergangenen Woche auf 1432 Bestellungen gekommen. Von der guten Auftragslage profitiert auch das Bremer Airbus-Werk mit seinen 2600 Beschäftigten: Denn in den Airbus-Hallen neben dem Bremer Flughafen werden unter anderem die Hochauftriebshilfen für alle Airbus-Flugzeug-Baureihen entwickelt und gefertigt. **Bericht Seite 15**

## Kalz und Rasmussen machen das Rennen



Platz eins für das Team mit der Nummer neun: Marcel Kalz (links) und Partner Alex Rasmussen auf dem Weg zum Sixdays-Sieg. FOTO: KOCH

**Bremen.** Marcel Kalz und Alex Rasmussen sind ihrer Favoritenrolle bei den 51. Bremer Sixdays gerecht geworden: In einem spannenden und mitreißenden Fi-

nale setzte sich das deutsch-dänische Gespann gestern am späten Abend vor Morgan Kneisky und Jesper Mørkov durch. Die Titelverteidiger Leif Lampater und

Wim Stroetinga fuhren auf Platz drei. Scannen Sie das Bild oben, um ein Video vom Finale des Rennens zu sehen. **Kommentar Seite 2-Berichte Seite 22**

ANZEIGE

Wochenjournal

WESER KURIER

Heute in Ihrer Tageszeitung.

## Brüssel überdenkt Investorenschutz

Fast 150 000 Einwände gegen TTIP

VON MARTINA HERZOG

**Straßburg.** Beim geplanten Freihandelsabkommen TTIP mit den USA will die EU-Kommission die umstrittenen Schutzklauseln für Investoren neu überdenken. Der Widerstand gegen solche Regeln ist groß, wie aus einer öffentlichen Befragung der EU-Kommission zum Thema hervorgeht.

Die Brüsseler Behörde stellte die Ergebnisse gestern vor. Sie will darüber nun mit dem Europaparlament, den EU-Staaten und Verbänden beraten. Derzeit liegen die Verhandlungen mit den USA über diesen strittigen Punkt auf Eis. Wenn sie wieder aufgenommen werden, ist unklar.

Beim Investitionsschutz (ISDS) geht es darum, wie ausländische Investoren vor Verstaatlichungen und anderer „unfairer“ Behandlung im Gastland bewahrt werden können. TTIP-Gegner warnen besonders vor der Möglichkeit, dass über spezielle Schiedsgerichte nationales Recht und nationale Politik ausgehebelt werden könnten.

Auch bei der öffentlichen Befragung kamen derartige Sorgen zur Sprache. Die EU-Kommission erhielt fast 150 000 Rückmeldungen – davon allein 32 513 aus Deutschland. Darin schlug sich auch die Mobilisation vieler Bürger durch TTIP-skeptische Organisationen nieder: Etwa 97 Prozent der Beiträge erreichten die Kommission über Onlineplattformen, auf denen negative Antworten vorformuliert waren.

„Aus der Konsultation geht klar hervor, dass gegenüber dem Instrument der ISDS äußerste Skepsis herrscht“, sagte Handelskommissarin Cecilia Malmström. In der EU soll nun unter anderem über die genauen Anwendungsbereiche des Investorenschutzes und über Regeln für Schiedsgerichte beraten werden. Auch das Verhältnis von nationaler Justiz und Schiedsgerichten und Möglichkeiten zur Berufung gegen deren Entscheidungen sind Diskussionspunkte.

Das Bündnis Stop TTIP ist sich bereits sicher: „Diese Schiedsverfahren sind eine Gefahr für die Demokratie und in Europa nicht erwünscht. Die EU-Kommission muss ihr eigenes Verfahren ernst nehmen und die Verhandlungen sofort beenden.“

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) begrüßte die Befragung als Schritt zu mehr Offenheit und Bürgerbeteiligung: „Die Öffentlichkeit muss in einem Prozess der Vertrauensbildung von den Chancen von TTIP überzeugt werden.“

## Kritik an Bremens Personalausgaben

Handelskammer sieht Sparpotenzial von zehn Prozent / Steuerzahlerbund: Zu viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst

**Nach dem Spitzenplatz in einem Ländervergleich sind Bremens Personalausgaben in die Diskussion geraten. Die Handelskammer fordert schlankere Strukturen, der Bund der Steuerzahler weiteren Personalabbau. Die Finanzbehörde kontert mit einer eigenen Statistik. Der Forscher André Heinemann hat Erklärungsansätze, rät aber auch zur Selbstkritik.**

VON MATTHIAS LÜDECKE

**Bremen.** Die Bremer Handelskammer hat eine Neuordnung der Strukturen im öffentlichen Dienst gefordert. „Wir sind im Moment teuer organisiert – durch ineffektive Strukturen“, sagte Kammer-Präsident Christoph Weiss, „für das Geld, das wir ausgeben, kriegen wir zu wenig heraus.“ Nötig sei es daher, klare Zuständigkeiten zu schaffen und Doppelstrukturen abzubauen.

Als Beispiel nannte Weiss den Bildungsbereich, wo es aufgrund von Zuständigkeiten in verschiedenen Ressorts zu Reibungsverlusten komme. Diese, so der Kammer-Präsident, müssten abgebaut werden – in einem gemeinsamen Prozess mit den Mit-

arbeitern. „Wenn man die Strukturen schlanker gestaltet, können sie verbessert werden, und man kann Geld sparen“, sagte Weiss, der glaubt, dass dies auch zu einer besseren Stimmung bei den Beschäftigten führen könnte – und der dadurch ein Einsparpotenzial von bis zu zehn Prozent für möglich hält. „Wenn man klare Zuständigkeiten etabliert, kann weniger Personal sogar besser sein und zu besseren Ergebnissen für die Bürger führen.“

Eine Tabelle des Landesamtes für Statistik Niedersachsen hatte kürzlich die Diskussion um die Bremer Personalausgaben neu entfacht. Demnach lagen diese Ausgaben in Bremen so hoch wie nirgendwo sonst in Deutschland – ein Ergebnis, das auch Weiss nach eigenem Bekunden überraschte. Im Jahr 2013 gab das Land demnach 3014 Euro pro Einwohner für öffentliches Personal aus. Der Bundesschnitt liegt mit 2246 Euro deutlich darunter. Hamburg liegt mit 2926 Euro auf dem zweiten Platz, Berlin als dritter Stadtstaat im Bunde mit 2497 Euro pro Einwohner auf Rang 14.

„Statistiken wie diese deuten darauf hin, dass es in diesem Bereich noch Nachholbedarf gibt“, sagte der Vorsitzende des Bun-

des der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen, Bernhard Zentgraf. Er hält dabei die Anzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten für entscheidend – und für zu hoch. Eine Rolle spiele dabei auch die Tatsache, dass es in Bremen mehr Eigenbetriebe gebe als in anderen Ländern. „Man muss sich dabei aber immer fragen, ob eine Aufgabe in privater Hand nicht wirtschaftlicher angesiedelt ist“, so Zentgraf.

Die Sprecherin der Bremer Finanzbehörde, Dagmar Bleiker, führt dann auch an, dass die niedersächsische Statistik schon deshalb schwierig zu bewerten sei, weil unklar bleibe, welche Ausgliederungen in den einzelnen Bundesländern bei den Personalkosten jeweils berücksichtigt seien. Und sie hält eine Statistik aus ihrem Haus dagegen, die nur die Personalausgaben des Kernhaushaltes, also die klassischen Bereiche des öffentlichen Dienstes wie Verwaltungsbeamte, Lehrer oder Polizisten berücksichtigt. Lege man nur die Ausgaben für die aktiven Beamten zugrunde und lasse Versorgungsbezüge außen vor, liege Bremen im Jahr 2013 mit 1545 Euro Personalausgaben pro Einwohner sogar unter dem Bundesschnitt von 1602 Euro.

André Heinemann, Finanzwissenschaftler an der Universität Bremen, hat gleich mehrere Erklärungsansätze für den Spitzenplatz in der niedersächsischen Statistik. Zum einen spiele hier eine Rolle, dass Bremen ein Stadtstaat – und das kleinste Bundesland – sei. Bestimmte Aufgaben müssten aber von allen Ländern wahrgenommen werden, und bezogen auf die Einwohnerzahl entstünden in Bremen in der Relation höhere Kosten.

Hamburg und vor allem Berlin hätten zudem in den vergangenen Jahren mehr Personal abgebaut. „Sicher braucht es in Bremen weitere Anstrengungen. Man muss – völlig wertfrei – aber auch die Frage stellen, ob Bremen zu wenig Personal abgebaut hat, oder die anderen beiden Stadtstaaten zu viel“, sagte Heinemann. Ein Trend zur höheren Bewertung von Stellen, wie ihn vor einiger Zeit ein Bremer Personalbericht konstatierte, könne zudem eine, wenn auch kleinere Rolle spielen, so Heinemann. „Es ist denkbar, dass es hier vielleicht in einzelnen Fällen zu Fehlern gekommen ist“, meint er, „das sollte man selbstkritisch betrachten und gegebenenfalls nachsteuern.“ **Kommentar Seite 2**

## „Lügenpresse“ ist „Unwort des Jahres“

**Darmstadt.** Das „Unwort des Jahres 2014“ ist „Lügenpresse“. Das hat die „Unwort“-Jury in Darmstadt entschieden. Das Schlagwort sei bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff gewesen und habe auch den Nationalsozialisten zur pauschalen Verunglimpfung unabhängiger Medien gedient, lautet die Begründung der Sprachwissenschaftler. Das Wort „Lügenpresse“ wird aktuell immer wieder von Anhängern der islamfeindlichen Pegida-Bewegung genutzt. Die „Unwort“-Jury rügte auch die Bezeichnungen „erweiterte Verhörmethoden“ sowie „Russland-Versther“. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 6**

## Mahnwache für ein weltoffenes Deutschland

**Berlin.** Mit einer Demonstration der Solidarität nach dem Terror von Paris haben die Spitzen von Staat und Religionen ein Zeichen für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland gesetzt. Bundespräsident Joachim Gauck rief alle Menschen unabhängig von Religion und Herkunft dazu auf, sich für Demokratie und Weltoffenheit einzusetzen. „Wir alle sind Deutschland“, sagte Gauck gestern bei einer Mahnwache vor dem Brandenburger Tor in Berlin. „Wir schenken Euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn.“

Nach Angaben der Polizei verfolgten etwa 10 000 Menschen die Kundgebung. Zum Abschluss hakteten sich viele Teilneh-

mer nach Vorbild der Pariser Großdemonstration vom Sonntag unter und schlossen die Reihen. Zu der Mahnwache hatte der Zentralrat der Muslime in Deutschland aufgerufen. Damit sollte der 17 Terroropfer in Paris gedacht und islamfeindlichen Bestrebungen entgegengetreten werden.

Gauck dankte allen Muslimen, die sich vom Terror im Namen des Islam distanzieren. „Das ist ein patriotisches „Ja“ zu dem Land, in dem wir gemeinsam leben – zu unserem Land“, sagte er, kritisierte aber: „Die Distanz zwischen Einwanderern und Einheimischen, die Distanz auch zwischen Eingewanderten unterschiedlicher Herkunft wird noch zu selten überwunden.“

An der Kundgebung nahmen alle Bundesparteien teil, ebenso die Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Vertreter der jüdischen Gemeinde und der christlichen Kirchen. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sagte in seiner Begrüßung: „Die Terroristen haben nicht gesiegt, und sie werden nicht siegen.“ Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, rief die Welt, vor allem aber die Muslime selbst auf, gegen islamistischen Terrorismus vorzugehen. Merkel nannte es ein wichtiges Zeichen, dass der Anstoß zu der Aktion von den Muslimen gekommen sei. **Interview Seite 2-Berichte Seiten 3 und 4**

## Terror-Verdächtiger bei der Einreise gefasst

**Düsseldorf-Potsdam.** Am Flughafen Düsseldorf ist ein mutmaßlicher islamistischer Terrorhelfer festgenommen worden. Bundespolizisten hätten den Beschuldigten am Montag bei der Einreise aus Ankara gefasst, teilte die Bundespolizei in Potsdam gestern mit. Es bestehe der Verdacht, dass der Mann beispielsweise die „Islamische Bewegung Usbekistan“ als „Geldentreiber“ unterstützt habe. Er werde seit 2011 mit einem internationalen Haftbefehl der US-amerikanischen Behörden gesucht. Der Mann soll im Umgang mit Schusswaffen geübt sei. Er habe die türkische und die niederländische Staatsangehörigkeit.

### INHALT

Familienanzeigen	12, 25
Fernsehen	28
Immobilienmarkt	18
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	27
Veranstaltungsanzeigen	12

H 7166 • 28189 BREMEN



### DER NORDEN

#### Rundt verteidigt Pflegekammer

**Hannover.** Die ab 2016 geplante Pflegekammer wird laut Sozialministerin Cornelia Rundt keinen Einfluss auf die Verhandlungen über Löhne und Gehälter in der Branche in Niedersachsen nehmen. „Das bleibt die Angelegenheit der Tarifvertragspartner, nämlich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände“, sagte die SPD-Politikerin. Unternehmensverbände und Gewerkschaften kritisieren die Pläne. **Seite 14**



### KULTUR

#### „Überwachung total“ als Thema

**Bremen.** Die 39. Literarische Woche startet morgen unter dem Motto „Sie kennen Dich! Überwachung total“. Bis zum 27. Januar sind Autoren wie Alexander Krützfeld („Deep Web“), Tom Hillenbrand („Drohnenland“) oder der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar zu Gast. Im Interview spricht Zentralbibliotheksleiterin Barbara Lison (Foto) über Themenfindung und Aktualitätsanspruch. **Seite 20**



### SPORT

#### Bode sieht keine Notlage

**Belek.** Werders Aufsichtsratschef Marco Bode hält weitere Transfers als Soforthilfe im Winter nicht für zwingend nötig. Die letzten Spiele hätten gezeigt, „dass wir jetzt nicht eine absolute Notlage haben, in der uns nur ein Spieler den Erfolg garantiert, den wir verpflichten müssten“, sagte Bode in Werders Trainingslager in Belek. Im Interview sprach er auch über die Marke Werder und die neue Klubführung. **Seite 21**



### WETTER

Tagsüber 6° Nachts 3° Niederschlag 80%

Kaltluft bringt kräftige Schauer

Die Rückseite eines Tiefs über Nordosteuropa bringt Mitteleuropa Kaltluft mit einigen Regen-, Graupel- und Schneeschauern.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell